

-BRUDERPARTEIEN-j Uruguayische Kommunisten stehen vor neuen Aufgaben



Von Edgar Fries

Zu einem herausragenden Höhepunkt im gesellschaftlichen Leben des uruguayischen Volkes wurde der 21. Parteitag der KP Uruguays, der vom 7. bis 11. Dezember 1988 in Montevideo stattfand. In Anwesenheit von 30 ausländischen Delegationen, darunter einer Abordnung des ZK der SED, zog die 2000 Delegierten die Bilanz der harten, wechselvollen Klassenauseinandersetzungen in dem südamerikanischen Land seit dem 20. Parteitag im Jahre 1970 und berieten die Aufgaben für den nächsten Kampfabschnitt. Einen besonderen Platz nimmt dabei die Vorberei-

tung auf die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Ende 1989 ein, an denen die uruguayischen Kommunisten nach vielen Jahren erstmalig wieder legal teilnehmen können.

Mit großer Einmütigkeit wurden die Dokumente des Parteitages verabschiedet sowie das neue Zentralkomitee gewählt. Auf seiner ersten Sitzung wählte das ZK den bisherigen stellvertretenden Generalsekretär Jaime Perez zum Generalsekretär und den langjährigen Generalsekretär Rodney Arismendi in die neue Funktion des Vorsitzenden des Zentralkomitees.

durch ein Amnestiegesetz Straffreiheit zugesichert. Gemeinsam mit vielen patriotischen Kräften haben deshalb die uruguayischen Kommunisten eine Unterschriftensammlung für ein Referendum gegen dieses Amnestiegesetz organisiert. Zum Zeitpunkt des Parteitages hatten bereits mehr als 634000 Bürger, das sind mehr als 25 Prozent der Wahlberechtigten, ihre Unterschrift für ein solches Referendum gegeben. Inzwischen hat das Oberste Gericht des Landes das Referendum zu dieser heißumstrittenen Frage für den 16. April 1989 angesetzt.

Auch heute, so stellte der Parteitag fest, bleibe die Verteidigung und Vertiefung der schwer erkämpften Demokratie die Hauptaufgabe. Dieses Anliegen müsse noch stärker mit den Forderungen der Werktätigen nach Lösung dringender sozialer und ökonomischer Probleme verbunden werden. Die erwartete substantielle Verbesserung der Lebensbedingungen sei unter der von der bürgerlichen Colorado-Partei getragenen Regierung nicht eingetreten.

Im Bericht an den Parteitag wird eingeschätzt, daß die herrschenden Kreise Uruguays vor dem Imperialismus kapitulieren und faktisch gegen den Willen des Volkes die Forderungen des Auslandskapitals akzeptieren. Nutznießer dieser Wirtschaftspolitik seien einflußreiche Gruppierungen der Industrie, die Latifundienbesitzer und Exporteure landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Neue Etappe im politischen Leben des Landes

Im Rechenschaftsbericht, den Jaime Perez erstattete, wurde festgestellt, daß die 18 Jahre seit dem letzten Parteitag zur schwersten Bewährungsprobe für die uruguayischen Kommunisten wurden. In einem Land, das auf Grund scheinbar festgefügtter bürgerlich-parlamentarischer Verhältnisse als die „Schweiz Südamerikas“ angesehen wurde, etablierte die einheimische Reaktion unter aktiver Mitwirkung imperialistischer Kreise in den Jahren 1974-1985 eine faschistische Militärdiktatur. Die KPU wurde erstmalig in ihrer Geschichte verboten. Tausende und aber Tausende Kommunisten und andere Patrioten wurden in Konzentrationslagern, Gefängnissen und Folterhöhlen verschleppt. Hunderttausende mußten in diesen Jahren das Land verlassen.

Trotz Terror und Verfolgung, trotz schwerster Verluste haben die uruguayischen Kommunisten einen heldenhaften Kampf gegen die volksfeindliche Militärdiktatur geführt, deren Beseitigung sich einreicht in die bemerkenswerten Veränderungen, die die politische Landkarte Lateinamerikas in den achtziger Jahren erlebte. Die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung unter Präsident Sanguinetti im Jahre 1985 hat eine neue Etappe im gesellschaftlichen Leben Uruguays eröffnet. Der Weg zu einer „fortschrittlichen Demokratie“, wie sie die Volkskräfte fordern, wird jedoch noch immer durch Überreste des Militärregimes behindert.

Jenen Militärs, die schwerer und schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig sind, wurde